

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Melayanka 18.

Telephone.
Tagesredaktion:
26795, 31469.
Nachtredaktion: 26797

Distributionsamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Kf 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährig 90.-
jährlich 192.-

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken

Ercheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

10. Jahrgang.

Samstag, 12. Juli 1930.

Nr. 162

Massenentlassungen bei den Staatsbahnen?

Gegenaktion der sozialdemokra-
tischen Eisenbahnerverbände.

Das Abendblatt des „Pravo Lidu“ bringt die bestrebliche Meldung, daß die Eisenbahnverwaltung in diesen Tagen den Antrag zur Einstellung aller Investitionsarbeiten und zur Entlassung aller dabei beschäftigten Arbeiter gegeben habe. Diese Entlassungen nähmen katastrophalen Charakter an; so seien in Zlín 250, in Olmütz 127, in Schlan 70, in Prag gegen 100 Arbeiter entlassen worden. Insgesamt sollen die Entlassungen die Ziffer von einigen Tausend erreichen.

Das Blatt erklärt hierzu, daß diese Entlassungen gänzlich unbegründet seien, denn es handle sich nicht um Angestellte im Verkehrsdienst, sondern um Angestellte im Bahnerhaltungsdienst und Bauhandwerk, wo es in den Sommermonaten Arbeit genug gebe. Bisher seien auch noch niemals in diesen Dienstzweigen Arbeiter im Sommer entlassen worden! Derartige Entlassungen würden nicht nur die Arbeitslosigkeit vermehren, sondern auch die Erhaltungsarbeiten auf den Bahnstrecken empfindlich treffen und dadurch auch die Verkehrsicherheit gefährden.

Das Blatt kündigt weiter an, daß die sozialdemokratischen Eisenbahnerverbände sowohl beim Eisenbahnminister als auch bei der Regierung unverzüglich einschreiten würden, um diese Entlassungen zu verhindern.

Ausgrenzungen von militärischen Lieferungen.

Prag, 11. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Ueber Ersuchen des Ministeriums für soziale Fürsorge hat der Verteidigungsminister die zuständigen Militärorgane angewiesen, mit Rücksicht auf die wachsende Arbeitslosigkeit, die von Seiten des Staates alle nur möglichen Gegenmaßnahmen erfordert, sofort an die Vorbereitung, beziehungsweise Ausschreibung der militärischen Lieferungen in jenen Zweigen zu gehen, die von der Arbeitslosigkeit am meisten heimgegriffen sind.

Wahltag der Labour-Party.

London, 10. Juli. Die von dem gesamten Lande mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgte Wahlschlacht in Nord-Norfolk hat mit dem Siege der Arbeiterpartei geendet. Frau Buxton zieht mit 179 Stimmen Mehrheit in das Unterhaus ein. Das durch die Entsendung von Noel Buxton ins Oberhaus freigewordene Mandat ist der Labour Party mit 14.821 Stimmen erhalten geblieben. 14.642 Wähler unterstützten den konservativen Gegenkandidat Cool. Bei den vorjährigen Wahlen war das Endergebnis: Konservative 12.651 Stimmen, Liberaler 3.403 Stimmen, Arbeiterpartei 14.544 Stimmen. Der Stimmenzuwachs der beiden Parteien erklärt sich aus dem diesmaligen Verzicht der Liberalen auf eine eigene Kandidatur. Es zeigt sich aber, daß die Liberalen zum größten Teil für den konservativen Kandidaten eingetreten sind, was den Sieg der Arbeiterpartei nur noch erhöht.

Die politischen Folgen des Wahlausganges sind nicht zu unterschätzen. „Freihandel oder Schutzoll“ war die Parole, mit der die Parteien den Kampf geführt haben. Die Zeitungskönige Beaverbrook und Rothermere selbst weichen seit vielen Tagen auf dem Kampfpfad und zogen von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt. Mit einem Propaganda-Apparat sondergleichen forchten sie gegen die den Freihandel vertretende Arbeiterpartei, Flugzeuge, Bankiermanöver und ein bisher kaum erlebter Rettungsfeldzug für Lebensmittelzölle und für die Empire-Politik sollten den Sieg sichern. Es galt ihn nicht nur gegen die Arbeiterpartei, sondern auch gegen alle und nicht zuletzt gegen jene Konservative zu erringen, die bisher die Forderungen Beaverbrooks und Rothermeres abgelehnt hatten. So laut war das Geschrei der Presselords, so sicher fühlten sie den Sieg in der Tasche, daß Baldwin kurz vor der Wahl umfiel und reumütig vor seinen Gegnern in der eigenen Partei zu Arzenei kroch. Acht neue Finanzleute hatten sich noch am Tage vor der Wahl dem bekannten

Die „Rettung“ der Toten.

Bergung unter Mühe und Gefahr. — Bilanz: 151 Tote, 59 Gerettete.

Breslau, 10. Juli. Wie aus Hausdorf gemeldet wird, hat die Verwaltung der Wenzelsgrube nunmehr eine gewisse Uebersicht über die Lage erlangt. Es stellt sich nunmehr heraus, daß die bisherigen Zahlen nicht genau waren. Nach der Liste der Gruberverwaltung steht fest, daß die gesamte Schicht von 224 Personen in Gefahr war, von denen aber vierzehn nicht gefährdet waren und sich nach Hause begeben konnten. Tatsächlich in Mitleidenschaft gezogen wurden 210 Personen, von denen aber zehn nur leicht verletzt wurden, die ebenfalls nach Hause gebracht werden konnten. Nach der neuesten Berechnung beträgt die Zahl der Geretteten 59. Als Tote sind jetzt endgültig 151 Bergleute anzuführen, von denen siebenzig noch nicht geborgen sind. Die Rettungs- und Aufräumungsarbeiten erfuhren gegen Abend einen gewissen Stillstand, obgleich die Frischluftzufuhr gut funktioniert, so daß die Rettungsmannschaften ohne Gasmasken arbeiten können. Die hohen Kohlenstaub-, Stein- und Kohlenmassen bereiten riesige Schwierigkeiten. Die Lage in der Grube bessert sich fast mit jeder Minute. Es ist den einzelnen Leuten oft nur möglich, wenige Minuten an der Rettungsarbeit teilzunehmen. Nach allem scheint es sehr fraglich, ob die Absicht, die Aufräumungsarbeiten noch in dieser Nacht restlos durchzuführen, aussichtslos ist.

Die Kommunisten hatten die Katastrophe heute zu einer Demonstrationssammlung in Hausdorf benutzt, die aber ein ausgeprochenes Mißerfolg war.

Hausdorf, 11. Juli. In der letzten Nacht ist es lediglich gelungen, die zwölf Toten der Abteilung 17, die man gestern im Laufe des Tages entdeckt hatte, an die Erdoberfläche zu bringen, wo sie im Fackelgebäude der Wenzelsgrube aufgebahrt wurden. Weitere Tote sind bisher nicht geborgen worden, da sich den Rettungsmannschaften zu große Schwierigkeiten entgegenstellten.

Als gestern abends einer der Leichtverwundeten mit den anwesenden Bergleuten wieder in die Grube einführte, um an Ort und Stelle die Vorgänge bei dem Unglück zu schildern, erlitt er einen Nervenschock und mußte wieder zu Tage gebracht werden.

Hausdorf, 11. Juli. Die Rettungsarbeiten in dem Unglückschacht gehen überaus langsam vorwärts. Im Laufe des heutigen Vormittags konnte bloß ein einziger Toter geborgen werden, so daß immer noch 69 Bergleute begraben sind.

Dvorakprozeß auf unbestimmte Zeit vertagt.

Zweds neuer Untersuchung der vier Wehrpflichtigen. — Der objektive Prokurator

Prag, 11. Juli. Die heutige Verhandlung in der sogenannten Affentierungsaffäre nahm erst um 9½ Uhr ihren Anfang. Die Verspätung wurde dadurch verursacht, daß sich der Prokurator Major Dr. Strámel sogleich zu Beginn der Verhandlung erhob und verlangte, daß mit Rücksicht darauf, daß gestern die Sachverständigenärzte Oberstleutnant Kromádlo und Suran sich nicht einigen konnten und daß sich in ihren Gutachten Widersprüche finden, die Sachverständigen neuerdings einberufen und der Versuch gemacht werde, diese Widersprüche zu überbrücken.

Der Verteidiger stimmte damit nicht überein und ersuchte um ein Gutachten des Sanitätsratskollegiums, resp. um Einvernahme der Ärzte Dr. Herrmann und Dr. Král, die bestätigen sollen, daß ihre Patienten, die Brüder Secht und die Brüder Macerák, tatsächlich an den Krankheiten leiden, die Dr. Dvorák festgestellt hat.

Aufmerksamkeit erweckte ein weiterer Antrag des Verteidigers auf Verlesung aller erdichteten Akten aus diesem Prozeß, aus denen hervorgeht, daß sein Klient trotz vieler Interventionen, bei welchen ihm auch bestimmte Vorteile angeboten wurden, die Wehrpflichtigen, zu deren Gunsten interveniert worden war, doch affiziert hat.

Weiterhin wünschte der Verteidiger, einige Anträge einzubringen, welche er aber wegen ihrer Wichtigkeit nicht im öffentlichen Verfahren stellen könne, weshalb er forderte, daß die Verhandlung geheim erklärt werde.

Prokurator Dr. Strámel sprach sich dagegen aus, indem er darauf verwies, daß unbestimmte festgesetzt wurde, daß in einer ganzen Reihe von Fällen bei dem Angeklagten dahin interveniert wurde, daß die Affentierung einzelner Wehrpflichtiger so oder so ausfalle. Diese Interventionen erfolgten seitens aller möglichen Bevölkerungsklassen. Die Behauptung, daß sie von politischen Persönlichkeiten ausgingen, entspricht nicht den Tatsachen, zumindest nicht in dem Maße, wie behauptet wurde. Alle diese Interventionen, fährt der Prokurator fort, wurden ohne Unterschied untersucht und ich gebe in lokaler Weise zu, daß trotz dieser Interventionen viele Wehrpflichtige von Dr. Dvorák affiziert wurden. Soweit dies nicht der Fall

war, wurden sie überprüft und bei allen bis auf die vier beklagten Fälle stimmte der Stellungsbefund mit dem Krankenbefund überein. Daß Dr. Dvorák in den vier angeführten Fällen irgendwelche Bestechungen angenommen hat, behaupte weder ich noch die Anklage. Ich bin weit entfernt davon, Dr. Dvorák in dieser Hinsicht zu verdächtigen. Was den Umstand betrifft, daß in der Anklage von Schinlen, Kränzen und Bemerkung „Dvorák Kf 600.“ die Rede ist, so soll all das bloß die engen Beziehungen und des Direktors Wagner zu Oberstleutnant Dvorák dokumentieren. Die beiden Genannten hatten an den Musterungen ein gewisses Interesse.

Weiters führte der Prokurator einige Pressmeldungen an, von denen durch die Untersuchung erwiesen wurde, daß sie überhaupt nicht der Wahrheit entsprechen. Er hält deshalb den Antrag des Verteidigers für überflüssig, über diejenigen Anträge aber, die er in der geheimen Verhandlung vorbringen wolle, könne er sich nicht äußern.

Nach einer stillen Beratung entsprach das Gericht dem Antrage des Verteidigers und

die Verhandlung wurde für geheim erklärt. Nicht bloß das Publikum sondern auch die Journalisten mußten den Gerichtssaal räumen. Es wurden bloß drei Advokaten als Vertrauensmänner gewählt, die der Verhandlung beiwohnten.

Als die Verhandlung wieder für öffentlich erklärt wurde, begab sich der Gerichtshof zur Beratung, worauf er erklärte, daß dem Antrage des Militärprokurators und des Verteidigers auf neue Berufung und Einvernahme der Sachverständigen-Arzte stattzugeben werde. Alle anderen Anträge wurden gestrichen, darunter auch jene, die im geheimen Verfahren gestellt worden waren.

Bei der hierauf folgenden wissenschaftlichen Debatte der beiden Sachverständigen gelang es trotz der Bemühungen des Vorsitzenden nicht, die Differenzen in ihren Gutachten beizulegen. Der Gerichtshof begab sich neuerlich zur Beratung, wobei er als Erkenntnisgericht entschied, daß die Verhandlungen zwecks eingehender Ueberprüfung der genannten vier Wehrpflichtigen auf unbestimmte Zeit vertagt werde, denn aus den Gutachten, die einander widersprechen, könne sich das Gericht kein genaues Urteil über die Affizierung machen.

Bankiermanifest angeschlossen. Die 14 ersten Unterschriften bestätigten noch einmal ihre Unterschrift, alles zu dem Zwecke, die Liberalen einzufangen. Bei dem größten Teil dieser bürgerlichen Norfolkser Freihändler ist es gelungen, den noch

hat die Arbeiterpartei gejeigt und die Wirkung ihres Erfolges in der Frage Freihandel oder Schutzoll dürfte nicht ausbleiben. Die Zöllner und die Konservativen haben eine große Niederlage erlitten.

„Es herrscht Unmut...“

Ueber die Deutsche Christlichsoziale Partei schrieb kürzlich ein tschechisches Blatt: „Wie ein verärgertes Lausbub wirft sie mit Steinen nach den Fenstern eines Hauses, in das man sie nicht eingelassen hat“. Tatsächlich leistet sie in dieser Rolle das Menschennögliche. Alles war gut, als Herr Dr. Mayer-Darling in der Regierungsbank sitzen durfte, jetzt ist alles schlecht. In der Herabsetzung aller Leistungen und Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung weitestgehend mit den Kommunisten, nur daß ihre Kritikversuche unmöglich, was immerhin eine Leistung ist, um einige Grade albernere sind, als die der letzteren.

Neuestens glauben die Christlichsozialen, deren Grimm wegen ihres Dinauswurfes aus der Regierung sich vorwiegend gegen die Sozialdemokraten kehrt, etwas besonders Feines und Schlaues ausgeheckt zu haben. Ihre Presse zeigt sich über die Stimmung in sozialdemokratischen Wählerkreisen ungemein gut informiert, das heißt, diese Kreise seien mit der Tätigkeit ihrer Partei in der Regierung ganz und gar nicht einverstanden. Die Behauptung wäre vollkommen richtig, wenn man an die Stelle der Worte „sozialdemokratische Wählerkreise“ die Worte „Christlichsoziale Partei“ setzen würde. An die Unzufriedenheit der Christlichsozialen kann man natürlich in vollem Umfange glauben, schon wegen der Deposidierung ihres Mayer-Darling- oder ihres Enjaska, wer nun eben an der Reihe gewesen wäre, das Ministerfauteuil zu besteigen. Das so zu sagen aber würde keinen Eindruck machen und würden die Christlichsozialen erklären, daß sie etwa die sozialpolitische Tätigkeit der Regierungsmehrheit für unzulänglich halten, so würde man sie auslachen, denn in den ganzen vier Jahren, da sie in der Regierung waren, hatten sie es weniger mit der Belegung als mit dem Abbau der Sozialpolitik eilig. Also schützen sie vor, darüber unterrichtet zu sein, daß es die sozialdemokratischen Wähler selbst sind, die sich auflehnen. Die Vorstellung, unsere Genossen und Wähler, denen die öffentliche politische Rechnungslegung und der demokratische Aufbau unserer Partei volle Gelegenheit geben, ihrer Meinung in Versammlungen und in den Organisationen Ausdruck zu geben, suchen christlichsoziale Zeitungsredaktionen auf, um dort ihrem bedrückten Herzen über das Wirken ihrer Partei innerhalb der Regierung Luft zu machen, ist an sich schon grotesk, viel mehr aber sind es noch die Gründe, die angeblich unsere Wählerschaft zur Unzufriedenheit veranlassen.

Durch die gesamte christlichsoziale Presse geht also ein groß aufgemachter und offenkundig von einer Zentralfstelle ausgehender Zweipalster unter dem Titel: „Unzufriedenheit in den sozialdemokratischen Wählerkreisen“ und das erste Kapitel lautet: „Was die Führer versprochen haben...“ Damit soll glauben gemacht werden, unsere Partei hätte ihren Wählern vor dem Regierungseintritt trügerische Verheißungen gemacht und in ihnen Illusionen erweckt, löse aber jetzt ihre Versprechungen nicht ein. Vor allem eine kleine Feststellung: Die Christlichsozialen verwechseln die Zustände in ihrer Partei mit denen in der unseren, und die Urteilsfähigkeit unserer Anhänger mit jener der kirchlichen Ketzlerweiber. Als unsere Partei sich für den Eintritt in die Regierungsmehrheit entschied, geschah dies nicht wie bei den Christlichsozialen seinerzeit, ohne daß ihre Anhänger auch nur „Pieps“ dazu zu sagen hatten, sondern die Partei wurde von den ersten Vertrauenspersonen bis zu ihrer breitesten Grundanlage mit der Frage befaßt, alle Möglichkeiten, Folgen und Rücksichten wurden reiflich erwogen und nur der christlichsoziale kleine Morix kann auf den Gedanken kommen, unsere Genossen und Wähler ließen sich bei solchen Diskussionen durch die aufgetragene Verheißungen hinter das Licht führen. Als unsere Parlamentsfraktion in die Regierung

mehrheit eintrat, geschah dies selbstverständlich nicht, weil es die Abgeordneten wollten, die schon darum ihren Wählern auch nichts vorzumachen brauchten, sondern weil es dem ausgesprochenen Willen der überwiegenden Mehrheit unserer Parteimitglieder und dem Bunsche der sozialistischen Arbeiterschaft entsprach. Daß unsere Partei sich nicht in Gegensatz zu dem Denken und Fühlen der ihr folgenden Massen stellen darf, dazu bedarf es wahrhaftig nicht erst einer heuchlerischen und verlogenen Mahnung durch die Christlichsozialen, bedarf es nicht ihrer Besorgtheit, dafür sorgt schon die enge Verbundenheit der Partei mit den Massen, sorgt auch ihr demokratischer Aufbau. Bestünde wirklich Unzufriedenheit mit der Taktik und Politik der Partei bei den Wählermassen, brauchten wir nicht erst die Verständigung davon durch die christlichsoziale Presse abzuwarten, wir wüßten es dann schon selbst und im selben Augenblick würde die Partei, immer in Uebereinstimmung mit ihrer breitesten Grundlage, den gegenwärtigen Kampfboden mit einem anderen austauschen. Die Christlichsozialen beweisen durch ihr Bemühen, von hinten herum Mißtrauen in die Reihen der sozialdemokratischen Wählerschaft tragen zu wollen, daß sie die letzte Scheu vor der Lächerlichkeit abgestreift haben.

Ungeblid also herrscht „großer Unmut“ in unseren Wählerreihen, und zwar, weil die Partei bisher zu wenig „erregert“ habe, es sei vielmehr in der Zeit der Regierungsbeteiligung unserer Partei anstatt besser schlechter geworden, denn die Arbeitslosigkeit sei gestiegen, auf nationalkulturellem Gebiete sei nichts erreicht worden und die sozialpolitische Bilanz sei passiv. Hier schlägt die Gehässigkeit der frommen Christen ganz nach kommunistischer Façon in Blödsinn um, denn die infolge der sich steigenden Weltwirtschaftskrise eingetretene größere Arbeitslosigkeit, also eine Folgewirkung der kapitalistischen Produktionsweise, die an den Christlichsozialen bisher immer die stärksten Trüben gesunden hat, als Schuld unserer Regierungsteilnahme hinzustellen, ist nicht minder blödsinnig, wie die von den Kommunisten tagtäglich erhobene Behauptung, die „Sozialisten“ arbeiteten mit der Kapitalistenklasse Hand in Hand an der Verelendung und Verklavung der Arbeiterklasse. Jetzt fehlt nur noch, daß uns die Lügenchristen ebenso wie die kommunistischen Talmirevolutionäre für die großen Sünden der letzten Wochen verantwortlich machen und der Konzentrationsregierung die Schuld beimessen.

Nicht um unsere Partei vor den Christlichsozialen zu rechtfertigen, denn wir wissen, daß die Zugehörigkeit zu diesen gewissermaßen zur Unwissenheit verpflichtet, sondern um die Verlogenheit der christlichsozialen Agitation und Politik aufzuzeigen, sei noch gesagt: unsere Partei steht erst wenig mehr als ein halbes Jahr in der Regierungsmehrheit und in dieser Zeit war sie redlich und entschlossen bemüht, unter der vollen Kontrolle der Öffentlichkeit und stets in enger Verbindung mit ihrer Anhängerenschaft die Interessen der von ihr vertretenen proletarischen Kreise zu vertreten. Nicht alles, was wir erstrebt

haben und wofür wir unsere Kräfte einsetzen, haben wir erreicht, aber doch manches durchgeführt, was ohne unsere Initiative, ohne unser Betreiben niemals geschaffen worden wäre. Bei der Bewertung unserer Leistungen ist nicht allein das Positive, das unleugbar erreicht wurde, zu berücksichtigen, auch das muß gewürdigt werden, was verhindert wurde, was unzweifelhaft gekommen wäre, wenn eben jene Christlichsozialen in der Regierung verblieben und der Bürgerblock aufrechterhalten worden wäre. Unsere Partei steht ein halbes Jahr in der Regierung, die Christlichsozialen waren darin, und sie waren dort ein unerlässlicher Trappfeiler, volle vier Jahre und man ziehe ehrlich die Bilanz! Der Vergleich ist für unsere christlichsozialen Kritiker ein vernichtender. Was von den sozialistischen Parteien in der

Regierung gegen die Uebermacht der bürgerlichen Parteien durchgesetzt werden konnte, wir schämen es nicht übertrieben ein, aber noch hoffen wir, daß es mehr und Besseres werden wird. Die Christlichsozialen aber sind die letzten, die moralisch berechtigt wären, darüber zu urteilen, denn was sie in achtfach langer Zeit leisteten, war nichts und weniger als nichts. Auf das eine jedoch sind wir besonders stolz, daß wir gerade ihnen, den Heuchelschriften, das „Mitregieren“ unmöglich gemacht, daß wir sie in der Tätigkeit, aus der Haut des arbeitenden Volkes Nerven zu schneiden, gründlich gestört haben.

Wenn sie uns dafür hassien, dann trösten wir uns mit dem eingangs zitierten Urteil über sie, daß ihnen eben nichts anderes übrig bleibt, als „berängert mit Steinen nach den Fenstern des Hauses zu werfen, in das man sie nicht eingelassen hat.“

Die Gewerkschaften beim Fürsorgeminister.

Beratung über Maßnahmen zur Vinderung der Arbeitslosigkeit

Ueber die Einladung des Fürsorgeministers fand am 10. Juli 1930 im Fürsorgeministerium eine Beratung der Vertreter der Gewerkschaftszentralen statt, welche sich mit dem Stande der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Industriezweigen und -Gegenden befaßte und in welcher die Vertreter Anregungen zur zweckmäßigen Vinderung der gegenwärtigen schweren Arbeitslosigkeit und ihrer Folgeerscheinungen gaben.

In der vom Minister für soziale Fürsorge Dr. Czech geleiteten Beratung sprachen nach dem Referate des Ministerialrates Dr. Prablec folgende Herren:

Prásek, Bojček, Tetenká, Kajpr, J. Adermann, Bělina, Fára, Grünzner, Tšbi und Kaufmann. Alle Redner begrüßten die Einberufung der Beratung und erzuhten, eine breitere Enquete über die Wirtschaftskrise und über den Stand der Arbeitslosigkeit von der Regierung, und zwar auch unter Beteiligung der Wirtschaftsministerien, der territorialen Selbstverwaltungsverbände und der Vertreter der Industrie und der Gewerbe einzuberufen.

Der wesentliche Inhalt der von den Vertretern der Gewerkschaftszentralen vorgebrachten Ausführungen betraf folgende Fragen:

1. Alle Vertreter der Gewerkschaftszentralen verwiesen darauf, daß es in der Zeit außerordentlicher Arbeitslosigkeit eine traurige Erscheinung sei, daß das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit nicht genau eingehalten werde, indem insbesondere ohne Bewilligung der Behörden über die gesetzlich zulässige Zeit gearbeitet und damit einer großen Zahl von Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeit und Arbeitsverdienst genommen werde.

2. Witter wurde es empfunden, daß im Zeitpunkt einer Wirtschaftskrise, während welcher das arbeitende Volk allseits wirksam zu unterstützen wäre, auch die staatlichen Unternehmungen vornehmen und daß die Investitionsarbeiten, für welche im Staatsvoranschlag Finanzmittel bewilligt sind, nicht so beschleunigt durchgeführt werden, wie es der ungünstige Arbeitsmarkt erfordern würde.

3. Nach der Ansicht aller Vertreter der Gewerkschaftszentralen wäre es notwendig, die Baubewegung aus Kräftigte zu unterstützen, weil dadurch nicht bloß der

Bergarbeiterschaft Arbeit geboten werde, sondern auch die Beschäftigung in den anderen Industriezweigen, welche für die Bauten und deren Einrichtungen das notwendige Material liefern, unterstützt wird. Beschwerde geführt wurde, namentlich wegen der ungewöhnlich hohen Preise der Baugrundstücke, wegen der unverhältnismäßig hohen Preise des Baumaterials (Ziegel, Kalk, Zement, Sand und Holz) und es wurde das Ersuchen gestellt, die Gesuche um Bewilligung von Bauten und von staatlichen Subventionen und Erteilung der staatlichen Bürgschaft mit Beschleunigung zu erledigen.

4. In ausgiebiger Weise würde zur Förderung der Baubewegung und zur Durchführung der verschiedenen Investitionsarbeiten (Bau von Schulen, Amtsgebäuden, Bau und Herstellung von Straßen, Wasserwegen, Kanalisationsbauten usw.) beigetragen werden, wenn die Gemeinden und Bezirke auf diesem Gebiete eine wirksame Tätigkeit entfalten könnten und wenn sie nicht durch die unerfreuliche Lage der autonomen Finanzen hierin behindert wären. Deshalb wurde dringend die schleunige Novellierung des Gesetzes über die Finanzwirtschaft der territorialen Selbstverwaltungskörper Nr. 77/27 S. d. G. u. B. verlangt.

5. Von einigen Teilnehmern der Beratung wurde auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, in zweckmäßiger Weise durch gesetzliche Maßnahmen der Betriebseinrichtung von Industrieunternehmen zu begegnen.

6. Einstimmig wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die Gewerbeinspektion dezentralistisch auszugestalten, damit sie in der Lage sei, die Nichteinhaltung der verschiedenen zum Schutze der Arbeiterschaft erlassenen Vorschriften, namentlich das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit in wirksamer Weise zu kontrollieren und die Gewerbeinspektion mit erweiterten Rechtsbefugnissen auszustatten. Die gegenwärtige Art der Abhandlung und Bekämpfung der Uebertretungen durch die politischen Behörden wurde als wenig zufriedenstellend bezeichnet.

7. Alle Redner stellten das Verlangen, daß nach der Art der Enqueten, welche bereits in einigen Bezirken über Maßnahmen stattgefunden haben, welche sich auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder deren Folgen beziehen, ähn-

Bergarbeiterstreik in Belgien.

Brüssel, 11. Juli. In den Kohlenbergwerken des Borinage-Reviers streiken jetzt fast alle 30.000 Bergarbeiter.

liche Beratungen der Vertreter der Arbeiterschaft, der Arbeitgeber (insbesondere größerer Industriebetriebe) und der Vertreter der Selbstverwaltungskörperschaften bei den Bezirksbehörden stattfinden, in deren Gebiete größere Arbeitslosigkeit herrscht.

8. Aussperrungsaktion: Im Hinblick darauf, daß die Regierung bestimmte Geldmittel für eine Aussperrungs- und Beseitigungsaktion zugunsten der arbeitslosen oder bei verlängerter Arbeitszeit arbeitenden Arbeiterschaft und deren Familien festgelegt hat, wurden von den einzelnen Vertretern der Gewerkschaftszentralen Anregungen bezüglich der möglichst zweckmäßigen und baldigen Durchführung der Aussperrungsaktion gegeben.

Am Schlusse der dreistündigen Debatte faßte der Minister für soziale Fürsorge die Ergebnisse der Beratung in folgende Punkte zusammen:

1. Die verlangte allgemeine Beratung über die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit wird zu gelegener Zeit einberufen werden;

2. Über Veranlassung des Ministeriums für soziale Fürsorge werden in denjenigen Bezirken, welche eine größere Arbeitslosigkeit aufweisen, Beratungen der Vertreter der Arbeiterschaft mit den Vertretern der Industrie und Selbstverwaltungskörperschaften bei den Bezirksbehörden einberufen werden.

3. Die zuständigen Ministerien und Zentralbehörden werden ersucht werden, das Investitionsprogramm mit größtmöglicher Beschleunigung und ungezügelt durchzuführen, wobei das zum Ausdruck gebrachte Verlangen der Gewerkschaften empfohlen wird, daß in der gegenwärtigen Zeit großer Arbeitslosigkeit die Arbeiterschaft der staatlichen Unternehmungen nicht entlassen und dort, wo Entlassungen bereits vorgekommen sind, daß die Arbeiterschaft nach Möglichkeit wieder in Arbeit aufgenommen werde.

4. Gesuche, welche sich auf die Baubewegung beziehen, werden bereits jetzt im Ministerium für soziale Fürsorge beschleunigt erledigt und den Landesbehörden werden Befehle erteilt werden, die Erledigung der Gesuche ebenfalls zu beschleunigen.

5. Das Ministerium für soziale Fürsorge wird in jeder Weise die auf die Sanierung der Selbstverwaltungsfinanzen abzielende Aktion unterstützen und wird zu diesem Zwecke die baldige und zweckmäßige Novellierung des Gesetzes Nr. 77/27 S. d. G. u. B. anstreben.

6. In der Frage der Beschwerden gegen Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen über die achtstündige Arbeitszeit namentlich der Ueberzeitarbeit und der Nachtarbeit wird das Ministerium für soziale Fürsorge unverzüglich erforderliche Maßnahmen treffen.

7. Damit der Regierung ein Antrag auf Durchführung der Aussperrungsaktion zugunsten der arbeitslosen oder bei verlängerter Arbeitszeit arbeitenden Arbeiterschaft und ihrer Familien überreicht werden kann, wurden die anwesenden Vertreter der Gewerkschaften ersucht, innerhalb vier Tagen konkrete Anträge zu erstatten.

Mit dem Ausdruck des Dankes an die an der Beratung teilgenommenen Vertreter der Gewerkschaften schloß der Minister für soziale Fürsorge die bedeutsame Beratung.

Die Fürstin und ihr Bandit.

Roman von Georg Strelöcker. 6 Deutsche Rechte Th. Knorr Nachf. Verlag.

Ich hätte ja Minister Stopping geradejo gut zu einem anderen schicken können. Aber ich dachte in erster Linie an Sie, Nicole. Ich habe nun einmal eine gewisse Schwäche für Sie. Und nun gehen Sie mit Gott, und machen Sie ihre Sache gut!

Mein nächster Weg führte mich zum Generalinspektor der „Siguranka“, der rumänischen Geheim- und Staatspolizei. Es ging um die Frage: wo befindet sich Balaban? Seit einem Jahre war er, der früher wochenlang die Öffentlichkeit beschäftigte, wie verschollen. Aber bei der Siguranka wußte man nichts von ihm. Daß Balaban tot wäre, hielt der Generalinspektor Boinescu für ausgeschlossen.

Je länger ich übrigens über den Vorschlag Mr. Stopings nachdachte, desto besser gefiel er mir. Wenn schon dem romantischen Bedürfnis der reiselustigen Amerikanerinnen entsprochen werden sollte, so war es doch entschieden klüger, den Strom der Europabesucher in unser Land zu lenken, statt ganz auf die Möglichkeit zu verzichten, der nolleidenden Wirtschaft neue, und zwar recht ergiebige Einnahmequellen zu erschließen. Ich suchte daher vor allem etwas über das Schicksal Balabans zu erfahren, dem in unserem Projekte eine so bedeutende Rolle zugewiesen war.

Noch vor zwei Jahren kannte seine Popularität keine Grenzen. Die Berichte über die verschiedenen Kämpfe und Zusammenstöße mit den Gendarmen wurden vom Publikum verschlungen. Ich glaube, daß es kein Ereignis in der verhältnismäßig jungen Geschichte unseres Staates gab, das die Gemüter so beschäftigte wie die Jagd auf Balaban. Sein Vorgänger,

der berühmte Bandit Terente, erstreute sich weitans geringerer Volkstümlichkeit, obwohl manche seiner Streiche geradezu klassisch genannt werden müssen. Balaban hatte aber von allem Anfang an das Herz des niederen Volkes für sich gewonnen. Was er erbenete, pflegte er brüderlich mit seinen Kumpanen und den Dorfbewohnern zu teilen. Seine tiefe Religiosität sicherte ihm die wohlwollende Neutralität der Popen. Die Bauern feierten ihn als Kämpfer für Recht und Freiheit. Allgemein rühmte man seine Gutmütigkeit. Aber wo steckte Balaban jetzt?

Bis drei Uhr nachmittags hatte ich es endlich nach langen, mühevollen Nachforschungen herausgebracht. Als vor mehr als einem Jahre meine Partei aus Nader gelangte, wurde er durch einen Gnadenerlaß Seiner Majestät des Königs amnestiert. Seither soll er als biederer Fischer am Razimsee im Kreise Tulcea sein Leben fristen. Ich telegraphierte sofort an den Präfekten von Tulcea um nähere Daten, dann erbat ich in der Redaktion einige Tage Urlaub, weil ich es für das beste hielt, den ehemaligen Räuberhauptmann persönlich aufzusuchen. Wenn irgendmöglich wollte ich Mr. Stopping gleich mit mir nehmen, um ihm keine Gelegenheit zu geben, noch andere Leute in Butarest in die Angelegenheit hineinanzuziehen. Es genügte vollkommen, wenn die Prinzessin und ich davon wußten.

Ich rief das Athene-Palace-Hotel an, wo Stopping wohnte, um die Zusammenkunft auf einen früheren Zeitpunkt zu verlegen. Aber der Amerikaner war ausgegangen. Niemand wußte wohin. Ich ließ bestellen, daß er mich bis sechs Uhr abends in meiner Wohnung telephonisch erreichen könnte, sprang in einen Wagen und ließ mich heimfahren. Damals wohnte ich ziemlich weit ab vom Zentrum der Stadt, im Villenviertel von Cotroceni, und zwar im Hause des Generals Petrescu, eines Freundes meines ver-

storbenen Vaters. Als der Wagen vor der Calca Victoriei, dem Abendbimmel der eleganten Welt, in den Boulevard Elisabetha einbog, begegnete ich Tete. Sie sah allein in ihrer apart gestrichenen Limousine, deren leisen, fast unhörbaren Gang ich immer bewunderte hatte.

Als ich an ihr vorbeifuhr, wandte sie mir das Gesicht zu. Ich grüßte sie. Aber sie richtete rasch den Blick zur Seite, als wollte sie mich nicht sehen. Ich tobte innerlich. Am liebsten wäre ich aus dem Gefährt gesprungen, um sie zur Rede zu stellen und sie zu zwingen, meinen Gruß zur Kenntnis zu nehmen. Den ganzen Tag hatte ich nicht an sie gedacht. Nun versetzte mich ihr plötzlicher Anblick in einen Taumel. Ich veruchte den Wagen anzuhalten. Doch es war bereits zu spät. Man sah nichts mehr von ihr und ihrer Limousine.

Zu Hause erwartete mich eine Ueber-raschung. „Domnul Dupré sitzt seit einer halben Stunde im Salon“, sagte Lajos, als er mir die Tür öffnete.

Drittes Kapitel.

Erste Begegnung mit dem Räuber Balaban.

Armand sah bei meinem Eintritt am Hügel und phantasierte. Das schien mir ein Zeichen, daß er sich in starker Erregung befand, denn er pflegte im allgemeinen lieber nach Noten zu spielen. Sein Besuch kam mir überraschend und in gewissem Sinne auch ungelegen, da ich für meine beabsichtigte Reise packen wollte und vorher noch einige wichtige Korrespondenzen erledigen mußte. Meine Zeit war knapp bemessen. Als er meiner anständig wurde, unterbrach er sofort das Spiel.

„Du weißt wohl schon...?“ fragte er. „Nichts weiß ich,“ gab ich erstaunt zur Antwort, „was gibt es denn?“

„Von dem Reutontre Tetes mit der Komtesse Czervary?“

„Welcher Czervary?“

„Mit der Tochter des ungarischen Gesandten, des Grafen Czervary?“

„Du meinst die kleine Ilona? Ist sie denn schon wieder zurück?“

„Ja — vor acht Tagen. Sie war mit ihrer Mutter in Nizza.“

„Ein bildhübsches Mädchen. Hat sich wohl mächtig herausgemacht?“

„Ja. Sie ist vorgestern neunzehn Jahre alt geworden. Aber du weißt wirklich noch nichts?“

„Keine Ahnung, Armand!“

„Ich denke, ganz Bukarest spricht schon davon. Mir ist die Affäre entsetzlich peinlich. Ich habe es leider kommen sehen.“

„Was denn bloß?“

„Statt endlich eine Erklärung zu geben, fragte Dupré: „Du kommst doch von Capşa?“

„Nein! Ich hatte keine Zeit mehr. Ich bin geradezuwegs aus der Redaktion hierhergefahren. Unterwegs begegnete ich Tete.“

„Wohin fuhr sie?“

„Unbekannt. Sie blidte zur Seite, als ich sie grüßte. Sie scheint böse mit mir zu sein. Aber was soll denn geschehen sein?“

„Tete hat heute vormittag Ilona attackiert und ihr mit der Schirmspitze ins Gesicht geschlagen.“

„Sieht ihr ähnlich. Temperament hat sie ja zur Genüge. Und die Ursache?“

„Man weiß noch nichts Genaues. Aber ich fürchte, daß ich nicht ganz unschuldig daran bin.“

„Wieso?“

„Tete ist eifersüchtig.“

„Auf Ilona?“

„Ja.“

„Hat sie Grund dazu?“

(Fortsetzung folgt.)

Franz Domes.

Aus Wien kommt die traurige Nachricht, daß Genosse Franz Domes, der Führer der österreichischen Metallarbeiter und einer der bekanntesten Köpfe der österreichischen Arbeiterbewegung nach kurzer Krankheit verschieden ist.

Wien, 11. Juli. Domes ist vor etwa einer Woche erkrankt. Zunächst hatte er eine Lungenentzündung und konnte deshalb nicht nach Stockholm fahren, wohin er als Delegierter hätte fahren sollen. Sein Befinden besserte sich vor einigen Tagen, aber vorgestern wurde klar, daß die Erkrankung sehr schwer sei. Heute Vormittag verschied er in Agonie und ist um 4 Uhr nachmittags gestorben.

Domes ist am 25. Juni 1863 in Wien geboren, stand also im 68. Lebensjahre. Als das Kind eines armen Schlossergehilfen, der sich eine kleine Schlosserwerkstatt einrichtete, hatte Franz Domes eine harte und arbeitsreiche Jugend durchzumachen. Schon als Schulkind arbeitete er in der Werkstatt seines Vaters und war mit 14 Jahren, als er Schlosserlehrling wurde, bereits ein tüchtiger Metallarbeiter. Nach seiner Lehre durchwanderte er als Metallarbeiter ganz Europa, arbeitete zweimal in Paris und verschiedenen Städten Deutschlands, der Schweiz, Polens und Ungarns. Nach seiner Militärzeit — er diente bei der Festungsartillerie — fand er eine Stelle als Schlosser im Wiener Arsenal. Dort hat er auch mit seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit begonnen. In diesen Jahren wurde er mit Hybes bekannt und trat unter seinem Einfluß der radikalen Fraktion der Arbeiterbewegung bei. Während er im Arsenal arbeitete, gründete er mit einem anderen Genossen zusammen den niederösterreichischen Metallarbeiterverband. 1894 trat er für kurze Zeit in den Dienst der Organisation, lehrte jedoch wieder ins Arsenal zurück und trat dann, als er einen schweren Konflikt mit einem Meister hatte, im Jahre 1895 eine Stelle im Metallarbeiterverband an. Zuerst war er Administrator des Fachblattes, dann wurde er 1898 zum Sekretär des Metallarbeiterverbandes bestellt. War er schon in der langen Reihe von Jahren vor dem Kriege an führender Stelle im Metallarbeiterverband, so hat seine gewerkschaftliche Arbeit im Krieg ihren Höhepunkt erlangt. Von Beginn des Krieges an führte Domes einen jähren Kampf gegen die Entziehung der Arbeiter in den militärisierten Betrieben, hat nicht nur in Wien und Niederösterreich, sondern auch in Wladowiz und Pilsen wiederholt gegen die Unterdrückung durch die militärischen Leiter intervenieren müssen. Ende 1916 hat er dann mit anderen Gewerkschaftsfunktionären den Arbeitertag einberufen, zu dem auch Vertreter der Ministerien erschienen, sowie auch Vertreter der Militärverwaltung, vor denen Domes in einem Referat die Leiden der Arbeiter in den Rüstungsbetrieben schilderte. Die Wirkungen des Arbeitertages waren vor allem die Einrichtung der Beschwerdestelle und von da an hat dann der Wiederaufstieg der durch den Krieg völlig lahmgelagerten Gewerkschaften begonnen. 1918 wurde Domes zum Obmann des Metallarbeiterverbandes gewählt und hat diese Funktion bis zu seinem Tode bekleidet. Als Obmann war er an der Spitze aller großen Aktionen der Metallarbeiter in den letzten zwölf Jahren. Die gewerkschaftliche Tätigkeit von Domes hat sich weit über den Rahmen des Metallarbeiterverbandes ausgedehnt, 1910 wurde er in die Gewerkschaftskommission gewählt, 1920 wurde er ihr Obmann, 1928 bei der Gründung des Bundes der freien Gewerkschaften der erste Vorsitzendensvertreter des Bundes. Es gibt keine größere Aktion in der österreichischen Gewerkschaftsbewegung in den letzten drei Jahrzehnten, bei der nicht Domes eine wichtige Rolle spielte. Bei der Errichtung der Arbeiterkammer wurde er zum Präsidenten der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte und zum Präsidenten des österreichischen Arbeiterkammertages gewählt. Als Präsident der Arbeiterkammer war er der offizielle Vertreter und Sprecher der gesetzlichen Interessenvertretung der gesamten österreichischen Arbeiter- und Angestelltenschaft. Frühzeitig hat Domes auch politisch in der Partei gewirkt. 1906 wurde er in dem vierten Wahlkörper in den Wiener Gemeinderat gewählt, 1912 erhielt er wieder das Gemeinderatsmandat, 1911 wurde er in Wien in den Reichsrat gewählt und nach dem Amtsturz wurde er 1919 wieder in die Nationalversammlung entsendet, von 1920 an vertrat er den oberösterreichischen Industriebezirk im Parlament. Im Nationalrat hat er bei allen sozialpolitischen, aber auch in wirtschaftspolitischen Fragen eine große Rolle gespielt. Seine letzte große Rede hielt er bei der Beratung des Antiterrorgegesetzes.

Waffenfunde bei Patentkreuzlern.

Berlin, 11. Juli. Die Berliner Kriminalpolizei hat gestern in den Privatwohnungen zahlreicher Angehöriger der nationalsozialistischen Partei umfangreiche Waffen- und Munitionsmengen entdeckt und beschlagnahmt. Inhabers von zwölf Wohnungen, in denen die Waffen vorgefunden wurden, sind verhaftet worden. Den Anlaß zu den Hausdurchsuchungen gab ein Briefwechsel, der bei einem vorgefertigen in der Nähe von Potsdam bei dem Zusammenstoß eines Autos und eines Motorrades verunglückten Polizeianwärters gefunden worden war.

Entspannung zwischen Frankreich und Italien.

London, 11. Juli. Wie der Pariser Korrespondent der „Times“ meldet, hat Briand gestern abends eine offizielle Mitteilung an Henderson gesandt, in der er ihn von dem Beschluß der französischen Regierung unterrichtet, vor Ende des Jahres keine Schiffe auf Kiel zu legen, um die Flottenverhandlungen mit Italien zu fördern. „Times“ fügt redaktionell hinzu, die französische Regierung weise in ihrer Mitteilung darauf hin, daß der Beschluß, den Schiffbau einzustellen, nicht als Annahme des italienischen Anspruches auf Parität ausgelegt werden dürfe und daß die Hauptargumente in dem italienischen Memorandum weiterhin für Frankreich unannehmbar seien. In einem Leitartikel bezeichnet „Times“ den Schritt der französischen Regierung als „sehr willkommene Absicht und als äußerst praktische Geste“ und bemerkt, die französische Antwort bilde einen wertvollen Beitrag für gute internationale Beziehungen.

Frieds Schulgebete verfassungswidrig.

Leipzig, 11. Juli. Nach mehrstündiger Beratung wurde die Entscheidung des Staatsgerichtshofes in Sachen der Thüringischen Schulgebete verkündet. Sie geht dahin, daß die im Amtsblatt vom 2. April 1930 veröffentlichte Empfehlung von Schulgebeten vom 16. April 1930 soweit sie sich auf die Gebete 2, 3, 4 bezieht, mit Artikel 148, Absatz 2, der Reichsverfassung nicht vereinbar seien.

Auf dem Wege zur Einigung. In der Plenarversammlung der kommunistischen Opposition in Brünn war der einmütige Beschluß gefaßt worden, nach der Vereinigung der beiden Gewerkschaftsverbände, des kommunistisch-oppositionellen Internationalen Allgewerkschaftlichen Verbandes mit dem sozialdemokratischen tschech-

Paris, 11. Juli. „Echo de Paris“ will in Ergänzung der Ausführungen über das französisch-italienische Problem, die Außenminister Briand gestern vor dem Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten abgab, berichten können, daß Briand auch erklärt habe, noch vor Ablauf des Jahres sei eine weitgehende Entspannung in den italienisch-französischen Beziehungen zu erwarten. Es sei völlig unnütz, an den Völkerbund zu appellieren, um den Konflikt zu regeln, der seiner Ansicht nach dadurch nur noch verschärft werden würde. Er sei überzeugt, daß sowohl in der Flottenfrage, als auch über Tunis und Tripolitanien eine Verständigung möglich sei. Als Verhandlungsmethode komme diejenige in Betracht, die Rom genehm sei, entweder Verhandlungen von Regierung zu Regierung oder Verhandlungen zwischen Sachverständigen. Die französische Regierung wünke, daß alle schwebenden Fragen gleichzeitig geregelt würden.

ischen Gewerkschaftsverband, auch einen Zusammenschluß beider politischer Lager anzustreben. Um sich auch über den Standpunkt der anderen Korporationen, die der kommunistischen Opposition nahestehen, in dieser Frage zu orientieren, hat der Aktionsauschuß dieser Partei eine Vertreterversammlung dieser Organisationen einberufen. In dieser Versammlung wurde der Beschluß der Plenarversammlung einstimmig gebilligt und die Zustimmung der Korporationen zu dem Vorgehen des Aktionsauschusses ausgesprochen. Die endgültige Entscheidung wird aber erst in der Delegiertenkonferenz der kommunistischen Opposition angelöst werden. Die Gruppen sollen, welche für den 10. August nach Brünn einberufen wurde und zu welcher auch die Vertreter der tschechischen Sozialdemokraten eingeladen wurden.

Der Weg der kommunistischen Opposition.

Der folgende Artikel wird uns aus Anlaß der sonntägigen Reichskonferenz der kommunistischen Opposition von dem früheren Führer der KPD in Südböhmen, Max Bierer, zur Verfügung gestellt. Der Zerfall der kommunistischen und vor allem der sogenannten „leninistischen“ Opposition und das Rückfluten der Klassenbewußten Arbeiter zur Sozialdemokratie, die Ablehr eines Teils der ehemaligen Brandlerianer von der kommunistischen Phrase, die Erneuerung des Sektierertums, das zur Massenpartei der Arbeiter heimfindet, erscheinen uns als höchst bedeutsame Symptome und als bemerkenswerte Ereignisse. Wir geben darum, ohne Rücksicht auf den Meinungsstreit einzelner Führer der kommunistischen Opposition und ohne Anlehnung der Person des Autors dieses Artikels, der Sache halber, den Ausführungen Bierers Raum. Jeder Klassenbewußte Arbeiter, der in den verwichenen zehn Jahren den Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse, den Kampf gegen die bolschewistischen Zerstreuer und Bankrotteure miterlebt und aktiv mitgekämpft hat, wird mit Genugtuung ein Besessenes lesen, das uns aufs neue beweist, wie richtig wir von allem Anfang an gehandelt haben.

Sonntag, den 13. Juli, findet in Prag die zweite Reichskonferenz der sogenannten leninistischen Opposition der kommunistischen Partei statt. Nach einjährigem Bestande steht die Opposition vor Spaltung und Zerfall. Der ZAW, der eine Hauptstütze der Opposition war, führt soeben die Vereinigung mit den freien Gewerkschaften durch, die in Kürze vollendet sein wird. Zuerst wollte die leninistische Opposition, zum Unterschied von der Brünnner Opposition, die Vereinigung mit allen Mitteln hintertreiben und verhindern. Als man aber sah, daß das nichts mehr zu machen ist und man sich mit einem Widerstand höchstens blamieren könne, gab man nach und versuchte, insbesondere auf Berliner Rat hin, mit süßlauerer Miene die Verschmelzung „leninistisch“ zu begründen und gutzubehalten. Dafür wendet man sich jetzt mit ganzer Kraft gegen die Brünnner Opposition, mit der man noch vor einem halben Jahr einen gemeinsamen Aktionsauschuß gebildet und einen Vereinigungskongreß vorbereitet hatte. Das Signal zum Kampf gegen Brünn ging von Brandler-Berlin, dem geistigen Nährvater unserer leninistischen Oppositionellen aus, der die Weisung gab, schroff und offen den Bruch mit den Brünnnern herbeizuführen und den ersten Schritt mit großer Brutalität zu tun.

Den Brünnner oppositionellen Genossen wird zum Vortwurf gemacht, daß sie u. a. die Einheitsfronttaktik im Sinne der „Annäherung und Zusammenarbeit aller Klassenbewußten sozialistischen Parteien“ auflassen, daß aber die sozialistischen Parteien weder als Klassenbewußte noch als sozialistisch gelten können. Die Stellungnahme der Brünnner zu den lebenswichtigen Fragen der Arbeiterbewegung sei im großen und ganzen aufstromgiftig, die Brünnner bejähren die Koali-

tionsspolitik, betrachten die sozialdemokratische Partei nicht als eine bürgerliche Arbeiterpartei und wollen die Vereinigung mit ihr. Eine Resolution, die in Madno angenommen wurde, verlangt, daß die Konsequenzen aus dem Vorgehen der Brünnner gezogen werden und das Hauptorgan der leninistischen Opposition erklärt, daß die Politik der Brünnner den kommunistischen Grundsätzen und den Grundsätzen, die bezüglich des gemeinsamen Vorgehens der beiden oppositionellen Gruppen getroffen wurden, nicht entspräche. Am 13. Juli wird also die Trennungslinie zwischen der Brünnner und Prager kommunistischen Opposition gezogen werden, nur wird sie anders verlaufen, als sich das Reutath und Berger vorstellen, denn derselben Meinung wie die Brünnner, daß nicht nur die gewerkschaftliche, sondern auch die politische Vereinigung notwendig sei, sind nicht nur die Genossen der sogenannten Brünnner Opposition, sondern die Vertreter dieser Ansicht reichen weit hinein in die Reihen der leninistischen Opposition, sie finden sich auch im Exekutivauschuß derselben. Sie solidarisieren sich mit Brünn und werden mit Brünn gemeinsam den Weg zur Schaffung der wahren Einheitsfront gehen, den Weg zur sozialdemokratischen Partei.

nicht dem Indifferentismus verfallen will, keine anderen Weg, als den zur kommunistischen Opposition. Die kommunistische Opposition werde die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern und somit die ganze kommunistische Internationale für ihre Ideen im Laufe der Zeit erobert und dann werde die Gesundung der kommunistischen Parteien kommen und wieder alles gut werden. Wir selbst waren vor einem Jahr derselben Meinung. Die Entwicklung seither zeigt, daß diese Idee eine Utopie war und ist.

Wir sind über den Verdacht erhoben, dem Volksbüro Schützenhilfe zu leisten, aber gerade das Beispiel der Sachienwahlen zeigt, daß wir die Situation richtig beurteilen. Die kommunistische Opposition reduzierte mit einem Stimmengewinn und wenigstens einem Mandat, statt dessen hat sie noch ein Drittel der vor einem Jahr erhaltenen Stimmen verloren und die SPD hat nicht nur diese Stimmen, sondern noch dreitausend dazu gewonnen. Das ist zwar bei der unmittelbar revolutionären Situation, die nach Meinung der Volksbürokraten in Deutschland vorhanden ist, verflucht wenig. Aber den Verlust der kommunistischen Opposition (sowohl in einem Gewinn der Opposition, gelinde gesagt, umzudeuten und zu erklären, der Gewinn der SPD sei eigentlich ein Gewinn der Opposition, weil die SPD, unter dem Druck der Opposition einige Stimmheiten weniger gemacht habe, diese Rabulistik ist eines Viktor Stern durchaus würdig und läßt kommunistische Opposition auch aus diesem Grund überflüssig erscheinen. Die Sachienwahlen zeigen mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß die Arbeiterklasse keine weitere Zerstückelung will und daß zwischen Sozialdemokratie und kommunistischer Partei keine Richtung oder Partei mit Einfluß auf die Arbeitermassen möglich ist, sondern höchstens einflusslose Zellen und Spitzengruppen. In der tschechoslowakischen Republik war es auch nur einmal möglich, zwei den Kampf gegen das Volksbüro zu führen und dann bei den Parlamentswahlen zu erklären, man müsse eben dieses Volksbüro wählen.

Reutath, Runa und Genossen glauben, daß eines Tages, früher oder später, die Wendung kommen müsse und werde. Auswischen predigen sie die Philosophie des Steinopersterns, es kann uns nichts geschehen, weil wir keinen Apparat zu erhalten haben, halt umgekehrt zu sehen, daß sie, weil sie eine einflusslose Zelle sind, keinen Apparat schaffen konnten und keinen schaffen werden. Wenn sie nicht anderen nicht schon der bisherige Verlauf des XVI. Parteitages der russischen kommunistischen Partei etwas lehren über die Aussichten der Wendung und darüber belehrt hat, daß er zumindest weitere drei Jahre Stalin-Regime bedeutet, dann ist ihnen eben nicht zu helfen. Aber selbst wenn ein Wunder geschehe und die Wendung käme und sie könnten wieder die KPD, entscheidend beeinflussen, ob Stalin, Sinowjew oder Bukharin in Moskau regierte, es könnten dann vielleicht einige der dümmsten Streiche jehziger Partei-Führer“ ungeschelben bleiben, im Prinzip würde sich nichts ändern, das beweist die Geschichte der KPD, nicht erst seit August 1926, seit der Stalin-Führung, sondern seit Beginn von der Sural-Reutath-Führung an, das beweist die Geschichte der leninischen Opposition. Das ist unsere, auch den bitteren Erfahrungen von neun Jahren gewonnene Überzeugung und wenigstens darin stimmen wir noch einmal mit Reutath überein, wenn er im Reichsdrucker „Vorwärts“ Ende Mai d. J. schrieb:

„Wer zu der Überzeugung gekommen ist, daß sein Platz in den Reihen der Sozialdemokratie und keineswegs in den Reihen der kommunistischen Bewegung ist, der handelt ungeschicklich, je rascher er sich entschließt, die letzte Konsequenz aus seiner Überzeugung zu ziehen und dorthin zu gehen, wo es ihn drängt.“

Gingegen braucht er niemanden dazu auf die Beine zu helfen, wie er meint, denn niemand von uns will von seiner sozialdemokratischen Überzeugung in den Reihen der Opposition bleiben und Bewirung anrichten, denn die ist ohne dank der rührenden „ideologischen Übereinstimmung“ der einzelnen führenden Personen groß genug. Wir bekennen Farbe ohne uns von ihm oder sonst jemandem dazu zwingen zu lassen. Es gibt eben nur zwei Möglichkeiten: Entweder zurück zum Volksbüro und seinen Anarchosyndikalismus als de- und wehmütiger, charakterloser Zünder à la Winkler in Holland oder als aufrechter, Klassenbewußter Proletarier, ohne demütigende Bedingungen zurück zur sozialdemokratischen Partei, der Massenpartei des Proletariats in allen entscheidenden Ländern. Andere Möglichkeiten gibt es auch noch, die wurden von Reutath einmal so charakterisiert: „Was macht der Korck? Der sitzt in seinem Zimmer und hat recht.“ Allenfalls kann man auch ein „revolutionärer Indifferent“ werden.

Wir aber wollen uns für unseren künftigen Weg zusammen mit den Brünnner Genossen die Lösungen des Raiaufbaus der Sozialistischen Arbeiterinternationale zu eigen machen, die da lauten:

Gegen den Bruderzwist in der Arbeiterklasse! Für die sozialistische Einigung der proletarischen Klassenbewegung!

Gegen die sozialistische Reaktion! Für den Sozialismus! Max Bierer.

Die Sowjet-Post. In ganz Sowjetrußland gibt es 15.000 Postämter und 20.000 Dorfpostbeamte. Laut Berichten des Volkskommissariats für das Postwesen werden nur dreiviertel der Dorfbewohner bedient. 25 Millionen der Landbevölkerung bleiben vollkommen außerhalb der Tätigkeit der Postämter. Selbst der Fünfjahresplan dürfte daran nichts ändern.

Kreuzgitterplage. Im sogenannten „Stenglerforst“ bei Tepl-Neumarkt erschlug ein Waldwandler innerhalb zwei Stunden 19 Kreuzgitter. In diesem Forst, der nicht nur seiner vielen Schwämme, sondern auch der vielen Giftschlangen wegen bekannt ist, haben sich infolge der großen Hitze die Ottern außerordentlich vermehrt, daß auf eine Fläche im Gebiet von 20 Metern gleich Dutzende der Kreuzgitter anzufragen sind. Das Betreten der Wälder ist daher heute nur unter Aufsicht aller Vorkaufsmaßnahmen rätlich.

Wegen einer Gans in den Tod. Aus Neuhausen wird gemeldet: Der 61jährige Hausbesitzer Seres in Farka bemerkte, daß eine Gans seiner Nachbarin, der 70jährigen Esfari, sich an der Wand seines Hauses zu schaffen machte. Hierüber geriet er mit der Greisin in Streit, der bald in Tätlichkeiten überging und in deren Verlauf Seres die Frau gegen die Wand schleuderte. Die Esfari blieb infolge eines Schädelbruchs auf der Stelle tot liegen.

Goethe. In die Buchhandlung Bender in Dresden tritt ein unheimlicher alterer Mann, höchlich unsicher, sichtlich mildeusfremd. Meister Bender bedient ihn, in Gönnerlaune, selber: „Womit kann ich dienen?“ „Erbschanden, hamme Sie von der Belde...“ „Gewiß.“ Ein Griff in die Bekande und der Kunde erhält das Gewünschte. Der Kunde blättert angesträngt, zieht einen verknitterten Notizzettel aus der Tasche und vergleicht. „Dann Sie vielleicht noch da ärsche Auflage?“ „Aber ich bitte Sie, warum wollen Sie denn nicht die neue?“ „Ne, ich möchte da ärsche Auflage...“ „Schauer Seitenbild, dann erklärt das unscheinbare Männchen nicht ohne ein genießerisches Lächeln: „Da solln nämlich zwec Journ mehr drinne sein.“

Amerikanisches.

Die Frauen.

Der Hauptverband der Frauenklubs, der zweieinhalb Millionen Frauen vertritt, faßte auf seiner Vollversammlung am 7. Juni in Denver folgende Resolution: Unheilvolle Einflüsse versuchen die Wirksamkeit des 18. Verfassungszusatzes (Alkoholverbot) zu untergraben und seine Durchföhrung als unmöglich hinzustellen. Der Hauptverband der Frauenklubs, deren Vertreterinnen hier versammelt sind, erklärt, daß er das Verbotsgesetz mit allen Mitteln unterstützen wird, da es nach Ueberzeugung aller in ihm zusammengeschlossenen Frauenvereine das beste Mittel ist, den Alkoholhandel mit allen seinen schädlichen Folgen auszumergen.

Kanada gegen Alkoholschmuggel nach U.S.A. Mit 15. Juni ist ein Gesetz in Kraft getreten, wodurch die Einföhr von alkoholischen Getränken in Verbotsstaaten von Kanada aus, unmöglich gemacht wird. Die Regierung verzichtet durch diesen Freundschaftsakt gegen U.S.A. auf etwa 15 Millionen Dollars an Steuern. Ministerpräsident McKenzie King erklärte, daß Kanada kein moralisches Recht hat, Bootlegger und Schmuggler zu unterstützen, selbst wenn es Nutzen davon hätte.

Strohreferendum des „Literary Digest.“

Der Literary Digest, eine der bekanntesten Wochenzeitschriften, veranstaltete vor einigen Monaten eine Umfrage über die Prohibition, mit echt amerikanischer Reklame und Tamtam. 20.000.000 Briefe wurden verschickt, mit frankierten Antwortkarten, denen ein besonders günstiges Bezugsangebot beigelegt war. Die Kosten dieses „Feldzuges“ werden auf 775.000 Dollars (29 Mill. K.) geschätzt. Nicht ganz fünf Millionen Antworten sind eingelaufen, immerhin ein Beweis, daß 15.000 Millionen Amerikaner es nicht der Mühe wert gefunden haben, für die Aufhebung des Verbots auch nur einen Federstrich zu tun. Von den fünf Millionen Antworten haben sich allerdings nur ein Drittel für Beibehaltung des Gesetzes ausgesprochen, so daß die Presse von einem Sieg der „Rassen“ gesprochen hat. Die Wahlen in einigen Staaten, z. B. in Pennsylvania ergaben allerdings ein ganz anderes Bild. Der wiedergewählte Gouverneur Pinchot und auch der Senator J. Davis sind „bone dry“ beintrocken, die meisten Kandidaten erhielten nur 17 Prozent der abgegebenen Stimmen. „Es scheint also,“ schreibt eine große Zeitung in Pennsylvania, „daß die Leute anders wählen, als sie trinken, und daß die Prohibition überall geschlagen werden kann, nur nicht bei den Wahlen.“

Das Alkoholverbot ist an allem schuld! Anläßlich des Brandes des Staatsgefängnisses in Ohio wurde die ungeheure Ueberfüllung des Gefängnisses und die dadurch erschwerte Rettung der Gefangenen dem Alkoholverbot zur Last gelegt. Genaue Nachforschungen haben ergeben, daß unter den 4800 Gefangenen nur 91 wegen Verbotsübertretung dort ihre Strafe verbüßten. Der größte Teil war wegen Mordes und Totschlags, 3106, zu schwerem, teilweise lebenslänglichem Kerker verurteilt. Raub, Diebstahl, 1272 Fälle, Sexualverbrechen 293, etc.

Der Tod in der Grube.

Ein Nachwort für die 150 Opfer des Unglücks im Neuroder Kohlenrevier.

I.
Jedes Bergwerk ist eine Knochenmühle. Wer als junger Bürsche den Untertagedienst in der Grube beginnt, läuft im Durchschnitt schon mit vierzig Jahren als Invalide durch die Gegend. Jeder, der die Kohlendistrikte nicht nur vom Hörensagen kennt, ist in der Lage, einen Bergmann, selbst im Sonntagsanzug, todsicher von jedem anderen Arbeiter zu unterscheiden. Der schwarze Kohlenstaub verdunkelt im Lauf der Zeit die empfindlichen, schweißigen Augenwinkel; kein Schrubben und keine Spatzenseife kann das verhindern. Die Kohlen Schlagverletzungen hinterlassen auf den Händen und im Gesicht ihre typischen, blauen, scharfgezeichneten Narben. Das wechselnde Arbeiten im hellen zügigen Hauptstollen und in den heißen, dunklen, luftstillen Querschlägen wirkt auf die Sehnerven. Die Folge ist als allgemeine Verunsicherung das nervöse Zucken der Augenlider. Ein aufmerksamer Blick vom Kopf herab bis zu den Händen genügt also, um den Stumpel zu erkennen.

Die fischig-verlogene Berggeist-Romantik, mit der heute noch die Grubensahrt umrankt wird, hat mit der Wirklichkeit ebensowenig zu tun wie der lichtblonde, schwertgegrütete Erzengel Michael etwa mit dem modernen Gas-Krieg zu schaffen hat. Die schwarze glänzende Uniform und der blankladierte Lederstrumpf existiert nur noch in der Bundeslade der fossil gewordenen Bergknappenvereine und in der Phantasie der Postkartenfabrikanten. Wer den Bergmann bei seiner Arbeit fotografieren will, sieht einen knochigen, nackten, kohlenstaub-schwarzen Oberkörper, der nur an den Stellen hellere Streifen aufweist, an denen unablässig der Schweiß herabläuft. Der sieht auch, daß die ganze Uniform nur aus einer Hose besteht, die mit dem Schwachtriemen über dem Bauch festgeschnallt ist.

Wie ist das mit dem lustigen Bergmannsleben? Zwischen dem Boden des Flözes und dem hängenden Gestein sind dicke Stempel eingeklemmt, und dies Gewirr von Holzstüben folgt bergauf und bergab dem Verlauf der Kohlenader. Wenn das Flöz mächtig ist, kann die Arbeit mit gekrümmtem Rücken im Stehen vor sich gehen; ist die Kohlenlage dünn, dann liegt der Häuer vor der Wand und schindet in der stickigen, brustheißen Luft die sogenannten schwarzen Diamanten los, die schräg abwärts rollen und unten vom Lehnhauer oder vom Schlepper in die „Teudel“ geladen und zum Hauptstollen gefahren werden, wo die Pufferlokomotive sie in Empfang nimmt und zum Schacht transportiert. Afford und Benjum ist die Parole. Wer nicht mitkommt, ist bald erledigt; und ein Fahrsteiger macht nur Karriere, wenn er in seinem Revier wie verrückt hinter den Leuten her ist, damit das ständig neu hochgetriebene Förderriß auch geleistet wird. Das ist eine einfache Methode: wer sich nicht quält, ist überflüssig. Das gilt für den letzten Mann genau so wie für den Betriebsdirektor. Es ist nämlich immer noch eine höhere Stelle da, von der aus gehetzt und getrieben wird. Denn schließlich muß doch die Quote für das Syndikat geliefert werden, nicht wahr? Wo bleibt sonst die Dividende und die postgequante Konkurrenzfähigkeit der nationalen Industrie?

II.
Wenn einem einzelnen Bergmann aus dem Hängenden ein Stein ins Kreuz fällt und ihn totschlägt, dann geht man ziemlich schnell zur Tagesordnung über, denn ein solcher Unfall kann, nach der übereinstimmenden Ansicht der Leute vom Fach, jedem Kumpel nur einmal passieren. Aber wenn von der Gas- und Wettergefahr die Rede ist, dann liegt über dem ganzen Bau eine Stimmung, die aus unbekannter Angst und machtloser Ergebenheit zusammengesetzt ist. Man fühlt einen Feind, den man nicht sieht, dem man nicht ausweichen kann, der aber doch da ist und heimlich auf die Sekunde lauert, in der er losbrechen kann. Dann haut er mit Ulpeschnelle alles zusammen, was im Revier atmet.

Man muß wissen, daß die Entstehung der Steinkohle mit dem Jahrmillionen hinter und liegenden Untergang abgestorbener oder verfaulteter Pflanzensichten zusammenhängt. Eine blühende Kultur versank und vermoderte nach der anderen. Auf der absterbenden Erde keimte und gedieh immer wieder neues Leben. Der Druck der oberen Wachstumschichten wurde stärker, die Erde wurde undurchlässiger; die Ausrottung und Versteinigung begann, die Verweilungsphase wurden gepreßt; sie konnten nicht mehr entweichen und sammelten sich unter hohem Druck in Hohlräumen und Spalten, die später bei Verwerfungen und Erdverlagerungen entstanden. Das blieb viele tausend und hunderttausend Jahre so. Aber der Mensch von heute baut Gänge in die Erde, bahnt sich Zoll um Zoll, Meter um Meter durch Stollen und Querschlag den Weg, um an dies einstmals versteinerte brennbare Holz heranzukommen, das in dünnen Platten oder in meterdicken Schichten tief unter uns liegt. Hacke und Maschine und Dynamit sind in Tätigkeit, um die Kohle ans Tageslicht zu holen. Nun brauchen die Grubenreviere beim Abbau nur angebohrt oder angeschlagen zu werden, um das gefährliche Gas zum Ausströmen zu bringen. Das ist dann der vorletzte Schritt auf dem Wege zur Katastrophe.

III.

Der Bergmann ist in den meisten deutschen Kohlengruben nur von schlagenden Wettern bedroht. Die Fachwissenschaftler stellen dies Gruben- und Sumpfgas als einfahten Kohlenwasserstoff in die Methanreihe ein. Es enthält einen Atom Kohlenstoff und vier Atome Wasserstoff; es ist ein brennbares, und (wenn es sich mit der Grubenluft vermischt) sogar ein stark explosierendes Gas. Die dadurch schon gegebene Gefahr wird durch das stetige Vorhandensein von Kohlenstaub erhöht, der in den Querschlägen frei in der stickigen Luft schwebt. Wenn nun beim Stollenbau ein Sprengschuß zurückschlägt oder wenn beispielsweise eine Grubenlampe trotz aller Sicherheitsvorrichtungen defekt wird, dann besteht durch Ueberhitzung oder Funkenprung die Gefahr einer Entzündung der austretenden Wettergase. Das explosierende Methangasgemisch dehnt sich mit der Kraft einer Stichtlamme aus, schlägt in den fliegenden Kohlenstaub, der mit einer riesigen Hitze- und Gasentwüfung verbrennt, und dann braust die immer neue Nahrung findende Feuerwelle auf die Hauptgänge zu und nimmt mit dem Luftstrom die Richtung zum nächsten Revier. Die erste Kraft eines Schlagwetterausbruchs ist so heftig, daß meistens die ganze Strecke zu Bruch geht und daß die Bergleute, die in den Hauptstrom der Explosion geraten, mitgerissen, meterweit weggeschleudert und zerschmettert werden. Die Grubenkatastrophen der letzten Jahre sind vorwiegend auf Explosionen von Kohlenstaub und Methangas zurückzuführen.

In einer ganz anderen Form äußert sich die Gewalt eines Kohlen-säure-aus-bruchs, der die Veranlassung zur Katastrophe von Neurode wurde. Dies Kohlendioxidgas ist nicht brennbar. Aber es ist viel gefährlicher als eine Methangasansammlung, weil es mit den heute zur Verfügung stehenden Apparaten nicht einwandfrei feststellbar ist. Die Grubenkohlen-säure ist schwerer als die Luft; sie bewegt sich in Schwaden dicht über dem Boden, verbreitet sich außerordentlich schnell und lähmt alles Lebendige in so kurzer Zeit, daß eine Möglichkeit zur Flucht nicht mehr gegeben ist. Die Bergleute atmen die vergiftete Luft ein, fallen sofort bestunungslos um und ersticken aus Mangel an Sauerstoff.

IV.
Gegen die gebaute Ansammlung von Schlagwetter-Methangas können die Bergmänner in weitreichendem Maße geschützt werden, weil dies Sumpfgas leicht meßbar ist und weil in vielen Fällen die Möglichkeit der schnellen Räumung der gefährdeten Zone besteht. Aber auch nach



dem Ausbruch einer Schlagwetterexplosion kann das Unglück mit ziemlicher Sicherheit auf seinen Herd beschränkt werden, wenn die Gesteinstaubbarrieren ordnungsmäßig funktionieren. Es handelt sich dabei um ganz fein gepulverten schweren Sand, der zweifelhafte alle paar Meter auf dünnen Brettern unter der Decke der Stollen liegt. Bei dem ersten Luftstoß irgend-einer Explosion kippen die lose balanzierend aufgelegten Bretter um. Der Staub rieselt dicht wie ein Vorhang zu Boden, vermischt sich mit dem Kohlenstaub, bindet ihn und nimmt ihm die Brennkraft. Die im Falle einer Schlagwetterentzündung im gleichen Augenblick herantürmende Gasflamme wird von den ersten Gesteinstaubbarrieren aufgehalten und kurz danach un-sichtbar erstickt. Dadurch wird die Wirkung der Explosion auf ein verhältnismäßig kleines Gebiet begrenzt. Bei der Katastrophe im Waldenburger Gebiet im Juli des vorigen Jahres war die Kraft des Schlagwetters nach etwa 150 Meter durch Gesteinstaubbarrieren abgedämmt. Aber gegen die Ausbreitung der am Boden bleibenden Kohlen-säure-Schwaden gibt es heute noch kein Mittel, das mit Sicherheit wirkt. Das Unglück auf der Benzelsgrube hat das leider wieder einmal bewiesen.

Nun liegen im Revier von Neurode 150 Bergleute auf der Bahre. Die Gaswelle ist über sie hinweggegangen. Auch in diesem Fall wird genau zu untersuchen sein, ob alle Sicherheitsvorschriften der amtlichen Bergbehörden genau befolgt worden sind. Wir wissen, daß der Deutsche Bergarbeiterverband auf einer strengen Nachprüfung beharren wird. Erst, wenn festgestellt, ob alles getan war, was nach dem jetzigen Stand der Technik möglich ist, wird ein Urteil darüber zu fällen sein, ob sich die Grubenverwaltung ein Vernachlässigung der Schlagwetter-schutzmaßnahmen schuldig gemacht hat oder ob wir es mit einem Unglück zu tun haben, das wie ein Schicksal alle Dämme der Abwehr durchbroch.

Menschenbehandlung? — Nein: Menschenminder.

Schikane gegen Untergebene als „Wissenschaft“. — Dressur zum Epistelium im Betrieb. — „Wissenschaftliche“ Methoden zum Hinauswurf von Angestellten und Arbeitern.

Was hier folgt, werden viele nicht für möglich halten. Rationell diejenigen nicht, die den Begriff „Rationalisierung“ nur vom Hörensagen kennen. Wir selbst hätten es trotz allem nicht für denkbar gehalten, daß ein deutscher Hochschulprofessor sich zu Ratschlägen hergibt, die er als „angewandte Psychologie“ bezeichnet, die aber die betroffenen Angestellten und Arbeiter als tiefe Gemeinheit empfinden werden.

Der Professor Dr. W. Moede von der Technischen Hochschule in Berlin, Dozent auch an der Handels-hochschule in Berlin, gibt eine Zeitschrift „Industrielle Psychotechnik“ heraus. Am diesjährigen Aprilheft dieser Zeitschrift veröffentlicht Herr Professor Moede Anleitungen „Zur Methodik der Menschenbehandlung“. Der gelehrte Mann nennt darin Beispiele, die „erfolgreich von der Betriebsleitung zur Entfernung oder Raststellung mitleidiger oder ungeeigneter Betriebsangehöriger benutzt werden“ sollen.

Moedes Umgang mit Menschen gliedert sich in Kapitel. Die sehen wörtlich so aus:

Ferien.
Die Ferien sind eine geeignete Zeit, um gegen einen mitleidigen Betriebsangehörigen bei seinen Kollegen, Vorgesetzten oder Untergebenen vorzugehen, teils um Material zu sammeln gegen ihn, teils um durch Stimmungsmache einen inneren Widerstand gegen seine Persönlichkeit zu züchten. Teilweise wird die Ferienzeit auch benutzt, um Umgruppierungen und Umstellungen vorzunehmen, so daß der aus den Ferien zurückkommende, gewohnte Betriebsangehörige sich vor eine völlig veränderte Sachlage gestellt sieht. Ferien sind zwar gesundheitsförderlich, mitunter freilich auch gefährlich.

Unerfüllte Aufgaben.
Die Leitung stellt unerfüllbare Aufgaben, die die Kräfte des Untergebenen übersteigen. Der Angestellte, durch die ehrenvolle Beauftragung angepornt, stellt gegebenenfalls bestimmte Termine in Aussicht, an denen er die Arbeit abgeben wird. Stellt es sich, wie erwartet, heraus, daß die Aufgaben in der gegebenen Zeit bei den zur Verfügung stehenden Mitteln unter Berücksichtigung der Ver-anlagung und Erfahrung des Bearbeiters in der angegebenen Zeit nicht ausführbar ist, so wird das Versagen des Angestellten objektiv belegbar und alle Folgerungen auf dieser objektiven Grundlage sind leicht zu ziehen.

Abkaffung.
Dem Angestellten wird ein wichtiges Gebiet seiner Arbeit genommen unter dem Hinweis auf

Ueberlastung sowie unter Hinweis darauf, daß seine wertvolle Arbeitskraft gesondert und einem wertvolleren und wichtigeren, wenn auch etwas engerem Gebiet dem Betriebe nutzbringender zur Verfügung stehen müsse. Der eitle Angestellte fühlt sich durch diese Maßnahme gegebenenfalls geübt, ohne die Minderung seiner Stellung sowie deren Beeinträchtigung zu merken. Wird der Wächlungsprozeß fortgesetzt, so sieht sich der Betriebsangehörige, der vielleicht leitender Direktor des Großunternehmens war, plötzlich zu einer Puppe erniedrigt und es pflegt sehr oft zu spät zu sein, wenn ihm die Augen aufgehen und er die Sachlage richtig erkennt.

Die Versuchung.
Dem Vertreter der Auslandsfiliale, der verdächtig ist, wird eine Falle gestellt, die so montiert ist, daß er ungläubig hineingehet. Man bietet ihm Geschäfte an, die verlockend sind, unter Verheißung eines erheblichen Rußens. Dieses System der planmäßigen Versuchung wird verschieden benutzt...

Die Reizung.
Der Untergebene wird durch Behauptungen gereizt. Er wird unvorsichtig, läßt sich geben und viel leicht zu ungehörigen Äußerungen gegen das Unternehmen oder gegen den Vorgesetzten hinreißen, die vielleicht als Verleumdungen wirken und seine freilose Entlassung nach sich ziehen. Die gelegentliche und wiederholte Verärgerung bildet die Vorstufe für die endgültige Auseinandersetzung.

Das Ueberlob.
Schließlich wird auch eine übermäßige Anerkennung ein Sicherheitsgefühl erzeugen können, so daß der Belobte leichtsinnig wird und zu schlüssigen Handlungen neigt.
Herr Professor Moede, der gar nicht zu ahnen scheint, daß er einen Sodasinn entwickelt, den man beispiellos nennen könnte, meint harmlos, diese Ratschläge könnten noch beliebig vermehrt werden. Wir danken. Uns genügen die vorstehenden Beispiele.
Es hieße den Herrn Professor ungeheuer beleidigen, wenn man annehmen wollte, er hätte seine Beispiele und Ratschläge selbst erdacht. Es kann sich nicht um eine Theorie handeln, denn so vollkommen kann kein deutscher Hochschulprofessor sein, um solche Ungeheuerlichkeiten auszubringen. Also bleibt nur die Schlussfolgerung, daß diese Schikane, diese Qualereien, diese Vernichtung von Existenzen in Handel und Industrie kapitalistisch geübt werden.



Kleine Chronik. Ehegebräuche im Altertum.

Die Ehegebräuche haben im Verlaufe der Geschichte häufig ihre Form geändert.

Natürlich hatten die Wohlhabenden den Vorrang und konnten sich die schönsten Frauen mit Hilfe ihres Geldes erweihen.

Im alten Sparta waren die Ehegebräuche nach den Mitteilungen Herodots ähnlich.

Das ist nun schon ein paar tausend Jahre her. Zeit jenen Zeiten haben die Ehegebräuche manche Wandlung erfahren.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenarztes kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas sachmännlich angepasst wird.

Das Ideal.

Von W. Hampert.

Ich schlendere gelangweilt durch feierabendliche Gassen, die sich in monotoner Gleichförmigkeit wie endlose graue Schluchten dahinziehen.

Alle Bänke sind besetzt, nur eine einzige Lücke bleibt. Ich beziehe mich sie auszufüllen.

„Guten Abend, Fräulein Liesl!“ begrüßt sie sie. „Nach was schnuppern sie da im Annoncenstand?“

„Beim Baden ertrinken!“

Schwimme, bade, aber riskiere nicht dein Leben.

Täglich melden die Zeitungen Unglücksfälle beim Baden. Sie werden auf Leichtsinns und mangelnde Vorsicht zurückgeführt.

Es würden sich nur wenige Unfälle ereignen, wenn die Badenden mit dem Wasser so vertraut wären wie die Mitglieder der Wasserportvereine.

Eine weitere Badegefahr ist die große Hitze; die Anpassung des Körpers an die ungewohnte Temperatur erschöpft die Menschen.

Wer schon vor dem Baden „dreiviertel tot“ ist, braucht nicht mehr viel zum Herzod.

Wer in der Schule oder beim Militär schwimmen gelernt hat und nur einige Male im Juli, sonst aber das ganze Jahr nicht schwimmt,

Kunst und Wissen.

Puccinis Witwe gestorben. Die 70jährige Witwe des italienischen Komponisten Puccini, Elvira Puccini, ist in Mailand einem Herzleiden erlegen.

„Was ihr wollt“, von Shakespeare, wird am Mittwoch, den 16. ds. in der Inszenierung Max Diebs in den Spielplan aufgenommen.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Samstag, 7 1/2 Uhr: „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Samstag, halb 8 Uhr: „Geschäft mit Amerika“.

Herausgeber: Siegfried Laub, Chefredakteur: Wilhelm Niehner.

glücksfälle ereignen sich, weil solche Schwimmer anderen ihren Mut und ihre Schwimmkunst zeigen wollen.

So erfolgt der Erstickungstod durch Ertrinken. In seltenen Fällen tritt bei Ueberschätzung der eigenen Schwimmkunst auch der Herzod ein durch Schwächeanfall nach Ueberanstrengung.

Man kann auch überall umkommen, auch in Badeanstalten, wenn man gegen die Baderegeln sündigt

und sich mutwillig in Gefahr begibt. Deshalb einige Ratsschläge:

Bei Strömung gegen den Strom üben, um leicht zurückkommen.

Frühtiefen stromauf nehmen, damit man bei der Rückkehr ins Seichte kommt.

Schwimmübungen in Seen längs des Ufers etwa am Rande der Schwimmteufellinie.

Bei jedem Baden Krankheiten und den körperlichen Zustand beachten.

Keine Proboursätze und keine Rünste zeigen.

Alkohol verboten; Angetrunkene dürfen nicht baden.

Schwimmen im Fohrtwasser des Schiffahrtsverkehrs ist in den Wasserstraßenpolizeiverordnungen als Verkehrshinderung verboten.

Sport * Spiel * Körperpflege

Ein ausgewachsener Riefenstandal beim „Coup der Nationen“.

An diesem Turnier, das vergangene Woche in Genf sein Ende fand, nahm neben Vertretern anderer Staaten auch die Prager Slavia teil.

„War die erste Halbzeit noch halbwegs anständig abgelaufen, gab es in der zweiten Hälfte einen richtig ausgewachsenen Riefenstandal.“

nie dagewesen. Angefangen hat zweifellos die Slavia, wo der Verteidiger Zenisek schon in der ersten Halbzeit einige ganz dreckige Fouls zum Besten gab.

Das ist nur ein Auszug aus dem Bericht des „Rider“. Weiterer Kommentar ist wohl überflüssig.

Gemischte Sportneuigkeiten.

Der Schwede Arne Borg, der berühmteste Schwimmgott im bürgerlichen Lager, ist zum Berufssport übergegangen.

Sieben mitteldeutsche Großvereine des Deutschen Fußballbundes haben keine Lust weiter mitzuspielen.

Die „Fußballwoche“, Berlin, vom Verband Brandenburgischer Fußballvereine im DFB bringt als letzte Nachricht aus dem Lager der Jugend dieses Verbandes folgendes:

Aus der Partei.

Ausweis für den Monat Juni 1930.

Die erste Zahl bedeutet Parteifonds, die eingekammerte Wöhlfonds.

Jugendbewegung. Sozialistische Jugend, Prag, Wanderung ins Sagawatal: 1. Partie: Treffpunkt Samstag 16 Uhr.

„Gewiß Fräulein Liesl, man kann auch auf das Ideal warten, wenn man sehr viel Geduld hat.“

„Oh, eine ganze Menge. Vor allem soll er größer sein als ich, natürlich schlank, schwarz gelockt, guter Charakter.“

Zwei Monate später, an einem Herbstmorgen wanderte ich die vorgeschriebene Bahn in meine Bude.

hingehen. Sie, ein schlankes, herziges Wienermädchen, mit hingebender Fürsichtigkeit an ihn geschmiegt.

„Guten Morgen, Fräulein Liesl. Haben Sie den Herrn in der Zeitung gefunden?“

„Ich weiß nicht wie es kam, es ist sonst nicht meine Gewohnheit, ich küßte beim Abschied die kleine zarte Kinderhand dieser 17jährigen, die selbst durch Güte zur Liebe kam.“